

Online Diskussion

Irak: 20 Jahre (gescheiterte) Staats- und Friedensbildung

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung und der Gerda Henkel Stiftung.

Summary erstellt von: Sophie Reichelt

Keywords: Irak, USA, Iran, Staats- & Friedensbildungsmaßnahmen in Konfliktregionen

Teilnehmer:innen:

Irene Costantini war 2021 als Ernst Mach Fellow am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) tätig. Sie hat an der Fakultät für Internationale Studien an der Universität Trient promoviert und ist nun Post-Doc-Stipendiatin an der Universität Neapel und Lehrbeauftragte an der Universität von Bologna. Davor war sie als Forschungsstipendiatin an der University of York (UK) und am Middle East Research Institute in Erbil, Irak tätig.

Kamaran Palani arbeitet an der Salahaddin Universität in Erbil und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Middle East Research Institute. Er promovierte zum Thema der Staatlichkeit in Irak-Kurdistan an der Universität Leiden in den Niederlanden. Vor seiner Promotion sammelte er umfangreiche Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen NGOs. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die de-facto Staatlichkeit im internationalen System, die irakische und regionale kurdische Politik, interne Vertreibung, sowie Extremismus im Irak und dem Nahen Osten.

Moritz Ehrmann ist Leiter des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ASPR). Seine Karriere begann er im österreichischen auswärtigen Dienst als Diplomat und war von 2016-2017 in der Task Force des österreichischen OSZE-Vorsitzes eingesetzt. Darüber hinaus war er im Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Regionen wie dem Irak, Kolumbien, Jordanien, der Ukraine und dem Jemen im Einsatz. Seit 2000 ist er darüber hinaus in der informellen, internationalen Friedensmediation tätig.

György Busztin ist Berufsdiplomat, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, zum stellvertretenden Sonderbeauftragten der Hilfsmissionen der Vereinten Nationen im Irak ernannt wurde. Zuvor war er in verschiedenen Funktionen für das ungarische Außenministerium in Libyen, Indonesien und dem Iran tätig. Seinen Abschluss hat er in arabischer Geschichte an der Universität Damaskus in Syrien gemacht. Darüber hinaus promovierte er in arabischer Sprache und semitischer Philologie an der Loránd Eötvös Universität in Ungarn.

Moderation:

Cengiz Günay ist stellvertretender wissenschaftlicher Leiter des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip) und Lektor am Institut für Politikwissenschaft, dem Institut für Internationale Entwicklung sowie dem Institut für Orientalistik an der Universität Wien.

Datum: 9. März 2022, Online Diskussion

Executive Summary

Fast 20 Jahre sind seit der Invasion des Iraks durch die USA und ihrer Verbündeten vergangen, mit der das Ende des Ba'ath Regimes unter Saddam Hussein einherging. Im Rahmen der Friedens- und Staatsbildungsmaßnahmen wurde ein Modell forciert, das auf normativen westlichen Vorstellungen und Konzepten basierte. Die Folgen sind verheerend: Neben einer enormen Spaltung des Landes auf ethnischer, religiöser und sozialer Ebene, hat der Irak heute mit schwerwiegenden sozio-ökonomischen Problemen, dem Aufkommen bewaffneter Milizen und einer massiven Einflussnahme externer Akteure zu kämpfen. Laut den Expert:innen, könne nur eine fundamentale Erneuerung der Zusammensetzung der irakischen Regierungseliten und die Deeskalation der Spannungen zwischen dem Iran und der USA, zu einer Verbesserung der Situation führen.

Neben den Entwicklungen und Perspektiven für den Irak, lassen sich aus der Expert:innen-Diskussion diverse, für **zukünftige post-Konflikt-Maßnahmen richtungweisende Lehren** ableiten:

- Grundsätzlich sollten Friedens- und Staatsbildungsmaßnahmen nicht allein auf einem normativen, westlichen Modell von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft konzeptualisiert und implementiert werden.
- Demokratie scheint weiterhin die Regierungsform zu sein, unter der die meisten Gesellschaften leben wollen. Allerdings darf Demokratie nicht von außen auferlegt werden, sondern muss, um sich stabilisieren zu können, von innen heraus wachsen.
- Folglich müssen lokale Akteur:innen mit ihrer Expertise, nicht nur bei der Implementierung, sondern bereits bei der Entwicklung von post-Konflikt-Maßnahmen eine richtungsgebende Rolle einnehmen.
- Darüber hinaus sollte ein intersektionaler Ansatz zu Tragen kommen, bei dem sowohl Gender-Perspektiven, als auch Forderungen von jungen Bevölkerungsgruppen oder von finanziell schwachen Personen, miteinbezogen werden.
- Die MENA Region, aber auch andere Weltgegenden werden nur allzu oft durch eine vereinfachende ethno-konfessionelle Brille wahrgenommen und strukturiert. Dies wird nicht nur von vielen Menschen dieser Länder abgelehnt, sondern kann auch gravierende Folgen haben.
- Westliche post-Konflikt- und Friedensbemühungen, wie die Institutionalisierung von ethnisch-konfessionellen Unterschieden in konsozialen Verfassungen, können Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen fördern und verstärken. Im Wesentlichen profitiert davon meist nur eine relativ kleine Elite. Dies gilt im Übrigen auch für Afghanistan.
- Ethno-Proporz-Systeme führen außerdem zu einer verstärkten Einflussmöglichkeit externer

Akteure. Die daraus resultierenden Abhängigkeitsverhältnisse verringern die Überlebensfähigkeit von post-Konflikt-Staaten.

- Unabhängigkeitsbestrebungen von Bevölkerungsgruppen sollten keinesfalls gewaltsam unterdrückt werden, sondern in gemeinsamen Dialogen Gehör finden. Andernfalls werden lokale Spannungen noch verstärkt.
- Folglich müssen lokale Gegebenheiten im Detail analysiert und bei der Entwicklung und Implementierung von post-Konflikt-Maßnahmen miteinbezogen werden.
- Die aktuellen Gespräche zum Atomabkommen (JCPOA) mit dem Iran könnten positive Auswirkungen für den Irak und andere MENA Staaten haben. Die Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran könnten bewirken, dass sich dieser vermehrt um sein Standing bei den Golfstaaten und den Ausbau seiner Absatzmärkte und weniger um die Erweiterung seines Machtraums, bemüht.

1. Die Invasion des Irak 2003 und die (gescheiterten) Staats- und Friedensbildungsprozesse

Als direkte Konsequenz der Invasion des Irak im Jahr 2003, entmachteten die USA gemeinsam mit der „Allianz der Willigen“ Saddam Hussein und das von ihm etablierte System. Im Zuge der so genannten Ent-Ba'athifizierungskampagne wurden nicht nur die Spitzen der Regierungsriege, sondern auch die Sicherheitskräfte und ein Großteil der Beamtenschaft entlassen. Das System Saddam Husseins hatte sich vor allem auf die Sunnit:innen im Land gestützt. Voraussetzung für den Eintritt in den Staatsdienst war die Mitgliedschaft zur Ba'ath- Partei. Als Vorbild für die Ent-Ba'athifizierung dienten laut György Busztin die Entnazifizierung und die Nürnberger Prozesse nach dem 2. Weltkrieg.

Was folgte war ein Machtvakuum, dem die externen Akteure durch die Etablierung demokratischer Institutionen entgegenwirken wollten. Beim Wiederaufbau des irakischen Staates durch die USA und ihre Verbündeten, lag der Fokus auf den verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Die USA etablierten ein dem libanesischen System ähnelndes konsoziales System. Basierend auf einer festgelegten Quote erhielten so die drei größten ethnisch-religiösen Gemeinschaften – Schiit:innen, Sunnit:innen und Kurd:innen – eine feste Anzahl an Posten im Parlament, im Gericht, in regionalen Behörden und in vielen weiteren staatlichen Institutionen. Es kam folglich zu einer Institutionalisierung der Ethno-Sektarisierung der drei Gemeinschaften, die in der irakischen Verfassung von 2005 verankert wurde.

Probleme der Friedens- und Staatsbildungsprozesse

Die Liste der Probleme und Negativfolgen, die mit der Staatsbildung im Irak einhergingen, ist lang. Einige dieser Probleme wurden im Rahmen der Panel-Diskussion von den Teilnehmenden vorgebracht. Laut Irene Costantini hat die irakische Bevölkerung den Regimewechsel von 2003 grundsätzlich befürwortet, jedoch nicht unter Anleitung und ständiger Präsenz ausländischer Kräfte. Ungeachtet dessen etablierten die USA ein Modell des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft, das Ihren Vorstellungen, Prioritäten und Interessen entsprach, jedoch nicht unbedingt jenen der irakischen Bevölkerung. Daher merkte Costantini an, dass die USA bei dieser, ebenso wie bei der Invasion Afghanistans, den eigenen normativen Vorstellungen von einer liberalen Weltordnung und Demokratiebildung zum Opfer gefallen seien, da die Bedürfnisse der nationalen Bevölkerung – in post-kolonialer Manier - nicht miteinbezogen wurden. Infolgedessen konnte das kreierte Modell keine intrinsisch motivierte Unterstützung der Bevölkerung erwirken.

Laut György Busztin haben die USA für dieses Modell keinen ausgefeilten Blueprint erarbeitet, nachdem sie vorgingen. So befand er zum einen, dass der Irak nicht mit Nazideutschland hätte verglichen werden dürfen, weswegen auch die Entba'athifizierung in Anlehnung an die Nürnberger Prozesse eine Verfehlung gewesen sei. Die Umsetzung der Friedenskonsolidierung durch externe Kräfte habe in Deutschland nur funktioniert, weil die deutsche Bevölkerung homogener und weiter entwickelter gewesen sei, als die irakische Bevölkerung. Zum anderen erachtete er den Vergleich mit dem Libanon und dessen multiethnischer Bevölkerung als Sackgasse, da sich die Länder in essenziellen Dingen unterscheiden würden. Die Folge sei das Herumexperimentieren mit ethno-sektarischen Quoten gewesen.

Darüber hinaus nannten die Panelist:innen auch die problematische Auswahl der eingesetzten Regierungsvertreter:innen ab 2005. Den Ursprung dieses Problems sah Kamaran Palani in der radikalen Entmachtung der sunnitischen (Regierungs-) Elite. Dies habe bewirkt, dass viele Sunnit:innen nicht mehr an politischen Prozessen teilhaben, geschweige denn politische Ämter besetzen durften. Das sei insofern höchst problematisch gewesen, weil sie einen Großteil der Akademiker:innen, Wissenschaftler:innen und Sicherheitsbeauftragten des Iraks ausmachten. Stattdessen wurden die Sunnit:innen in der Regierung und Verwaltung durch unerfahrene, hauptsächlich schiitische Politiker:innen und Beamte:innen besetzt. Laut Kamaran Palani, handelte es sich dabei oftmals um Iraker:innen, die während Husseins Regierung im Exil waren und keinerlei Verbindung zu der schiitischen Diaspora im Irak gepflegt hatten. Damit gelangten Schiit:innen auf Posten, die ihrer eigenen politischen Agenda folgten, ohne dabei die Vorstellungen der schiitischen Bevölkerung im Land miteinfließen zu lassen. Auch den eingesetzten kurdischen Politiker:innen sei nicht daran gelegen gewesen, eine demokratische und effektive Regierung aufzubauen. Vielmehr verfolgten sie das Ziel der Festigung ihrer autonomen Gebiete und deren Erweiterung. Folglich wurde damals eine Regierung aus Personen gebildet, die die irakische Bevölkerung weder repräsentierten noch respektierten, was laut György Busztin zu einem Conundrum, also einem unlösbaren Problem, geführt hat.

Die konstruierte und institutionalisierte Differenzierung der einzelnen Gemeinschaften führte darüber hinaus dazu, dass jede Gemeinschaft nur noch auf die eigenen Vorteile bedacht war. Zunehmende Spannungen und Misstrauen innerhalb der politischen Fraktionen waren die Folge. Herrn Busztin zufolge kam dieses Misstrauen auch auf gesellschaftlicher Ebene zum Vorschein und resultierte in der Erosion der hart erarbeiteten irakischen Identität. Dies erscheint in Anbetracht dessen, dass vor 2003 viele Iraker:innen nicht einmal wussten, ob sie schiitisch oder sunnitisch waren, erschreckend absurd.

Zusammenfassend waren sich die Panelist:innen einig, dass diese Art der Friedenkonsolidierung, die dem Irak von der internationalen Gemeinschaft aufoktroziert wurde, als gescheitert erachtet werden muss.

2. Die Situation im Irak seit 2014

Im Jahr 2014 erlangte die Terrororganisation Islamischer Staat die Kontrolle über eine Mehrheit der sunnitischen Araber:innen in der nördlichen Provinz des Iraks und schaffte es nahezu auch Bagdad einzunehmen. In diesem Zusammenhang kam es zu verschiedenen Entwicklungen innerhalb des Landes, aber auch zu erneuten Interventionen externer Kräfte, auf die die Panelist:innen in der Online-Diskussion eingingen.

Das Aufkommen bewaffneter Milizen

Zum einen bildeten sich für den Kampf gegen den IS diverse Milizen, wie die Popular Mobilization Forces (PMF). Ursprünglich zusammengesetzt aus schiitischen Freiwilligen, erhielt die PMF schon bald finanzielle Unterstützung vom Iran. Dadurch neigte sich ihre politische Gesinnung mehr und mehr in Richtung Teheran. Auch nach Kriegsende, das die irakische Regierung Ende 2017 verkündete, bleibt die Präsenz der bewaffneten Milizen erhalten. Das ist nicht nur auf Grund der damit einhergehenden Einflussnahme des Irans sehr problematisch, sondern vor allem auch deshalb, weil sie gewaltsam gegen Iraker:innen vorgehen, die öffentlich anderer Meinung sind, wie Moritz Ehrmann zu bedenken gab.

Die Kurden-Frage im Irak

Kamran Palani führte eine weitere wichtige Entwicklung an, die sich im Zuge des Konflikts mit der Terrororganisation Islamischer Staat zugetragen hat. Wie seit 2005 angestrebt, gelang es der kurdischen Regionalregierung 2014 innerhalb weniger Tage ihr Gebiet um fast die Hälfte zu erweitern. Obwohl durch die irakische Zentralregierung verboten, stimmten Kurd:innen 2017 dann in einem Plebiszit über die Unabhängigkeit von Kurdistan-Irak ab. Eine große Mehrheit sprach sich dabei für die Unabhängigkeit aus. Trotz des positiven Ergebnisses waren die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft, ebenso wie die der unmittelbaren Nachbarn des Iraks, eher negativ.



Die Rolle der internationalen Gemeinschaft im Irak

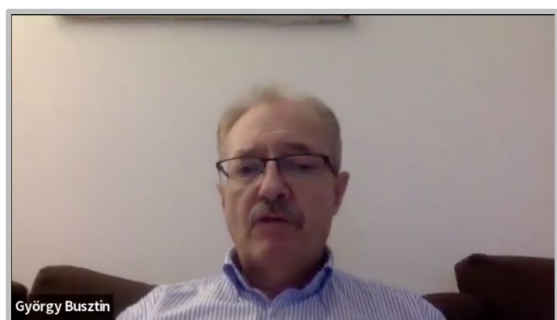
Die prekäre Situation mit dem IS bewog darüber hinaus die internationale Gemeinschaft zu einer Rückkehr in den Irak – 2011 hatte sie ihre Einsatzkräfte abgezogen. Diese internationalen Interventionen könnten jedoch nicht mit denen in 2003 verglichen werden, wie Irene Costantini betonte. Zwar habe es sich auch im Jahr 2014 um experimentelle Praktiken gehandelt, jedoch habe sich sowohl das Narrativ der Interventionen als auch ihr Anwendungsbereich verändert, ebenso wie die Rolle, die die beteiligten Akteure einnahmen. Interventionen, wie sie im Irak und Afghanistan in post-kolonialer Manier stattfanden und dem Credo folgten, dass eine funktionierende Demokratie und Wirtschaft, sowie eine starke Zivilgesellschaft eine stabile Gesellschaft schaffen könnten, seien wegen ihres verheerenden Misserfolgs schlicht nicht mehr vertret- und legitimierbar. Dementsprechend waren die Interventionen 2014 nicht nur militärischer Art, sondern griffen auch auf der Ebene der Grassroots Bewegungen an. Die militärische Unterstützung stand im Zeichen des Narrativs der „Sicherheit“. Mit diesem ging die Auffassung einher, dass das Erreichen einer stabilen Situation fundamental für alle weiteren Wiederaufbaumaßnahmen sei. Die Unterstützung von Grassroots Bewegungen, die insbesondere in Regionen erfolgte, die besonders schwer vom IS getroffen wurden, erfolgte beispielsweise durch den Versuch den Zusammenhalt der Communities zu stärken.

Neben diesen eher positiven Aspekten verwiesen Irene Costantini und Kamaran Palani auch auf einige negative Punkte der externen Interventionen ab 2014. Zum Beispiel seien die sozio-ökonomischen Probleme des Irak nicht angegangen worden. Darüber hinaus habe es an einer Zusammenarbeit mit den Grassroots Bewegungen im Süden des Landes gefehlt, obgleich es dort eine besonders hohe Dichte an Bewegungen gebe. Kamaran Palani sah insbesondere bezüglich der oben angesprochenen Kurden-Frage große Versäumnisse bzw. Fehlverhalten auf Seiten der internationalen Einsatzkräfte. Dies hätte bereits bei der Staatsbildung zwischen 2003 und 2005 begonnen, bei der die (territorialen) Vorstellungen der Kurd:innen keinerlei Gehör gefunden hätten. Ebenso in 2014, nach der kurdischen Besetzung weiterer irakischer Regionen seien sie nicht zum Dialog bereit gewesen, sondern mit Panzern in das Gebiet vorgerückt.

Einen weiteren Fehler sieht Palani im Umgang der internationalen Einsatzkräfte mit der sunnitischen Bevölkerung in den vom IS besetzten Gebieten. Ungeachtet der Zwietracht zwischen den sunnitischen und den schiitischen Iraker:innen hätten sie - im Kampf gegen den IS - Truppen in das Gebiet geschickt, die insbesondere aus Angehörigen der schiitischen PMF bestanden. Sowohl der Umgang mit der Kurden:innen- als auch mit der Sunniten-Frage habe folglich nicht nur die Etablierung von Stabilität und Frieden verhindert, sondern habe die bestehenden Spannungen zwischen den Gemeinschaften sogar noch befeuert.

Die Rolle des Iran

Der Iran spielt seit jeher eine große Rolle im Irak. Das lässt sich, laut György Busztin, mit den fundamentalen Vorstellungen des Iran über sich und den Rest der Welt erklären. So erachte es das iranische Regime als seine Mission und Pflicht, Einfluss über schiitische Gemeinschaften in der MENA Region, und auch darüber hinaus, zu erlangen. Es geht um den Export der iranischen Revolution. Diese Vorstellung sei im Irak, den der Iran aufgrund der geographischen Nähe und einer großen schiitischen Bevölkerungsgruppe als sein „Erweiterungsgebiet“ betrachte.



Im Kampf gegen den so genannten „Islamischen Staat“, erhielt der Irak erhebliche Unterstützung von Seiten des Iran. Neben der oben erwähnten finanziellen Unterstützung für die PMF, kämpften auch iranische Milizen im Irak. Nach Kriegsende sei jedoch offensichtlich geworden, dass der Iran nicht in der Lage sei oder gewillt war, dem Irak die eigene

Vorstellung zu oktroyieren. Trotz Dysfunktionalität der irakischen Demokratie will der Großteil der Iraker:innen an einer säkularen und demokratischen Herrschaftsform festhalten. Die Unterstützung für eine Regierungsform nach iranischem Modell ist gering. Diese Haltung schlug sich nicht nur in der Protestwelle von 2019 und 2020, sondern auch in den Wahlergebnissen von 2021 nieder, bei denen jene schiitischen politischen Gruppen, die vom iranischen Regime unterstützt werden, miserabel abgeschnitten haben. Folglich stuft Herr Busztin den Iran nach wie vor als sehr präsenten und starken, jedoch auf Grund der Abwehrhaltung der irakischen Zivilgesellschaft, als keinen alles dominieren Akteur im Irak ein.

Nichtsdestotrotz hegte György Busztin keinen Zweifel daran, dass die iranische Regierung ihre Ziele im Irak ohne Unterlass weiterverfolgen wird. Allerdings hält er die iranische Regierung für zu intelligent, kultiviert und fortschrittlich, als dass sie den Irak in Form einer gewaltsamen Invasion, wie man sie derzeit in der Ukraine durch Russland beobachten muss, angreifen würde.

Die Entstehung von Grassroots Bewegungen und die Proteste 2019/2020

Neben diesen negativ behafteten Entwicklungen – charakterisiert durch Militarisierung, den verstärkten Gräben zwischen den Gemeinschaften und externen Interventionen - attestierten die Panelist:innen auch positive Entwicklungen, die in den letzten Jahren insbesondere auf

zivilgesellschaftlicher Ebene zu beobachten sind. Zum einen habe sich das Narrativ der irakischen Bevölkerung in Bezug auf den IS von einer anfänglichen Unterstützung hin zu einem nuancierteren und IS-kritischen Narrativ gewandelt. Dies sei, laut Moritz Ehrmann, mit der Brutalität des IS, aber auch mit dem Sieg über die Terrororganisation zu erklären. Diese Nuanciertheit der Bevölkerung ließ sich auch in der zunehmenden Entstehung von Grassroots Bewegungen erkennen, die ihre Unzufriedenheit über die desolote politische, soziale aber auch ökonomische Situation des Landes auf die Straßen trugen. Dabei wurde ihnen, gemäß Ehrmann, von der irakischen Regierung eine relativ große Meinungsfreiheit gewährt.



Der Unmut gipfelte 2019 in der so genannten „Oktoberrevolution“, die laut György Busztin eindeutig auf die forcierte Unterteilung der Bevölkerung durch die „Besetzer“ zurückgeführt werden müsse. Die Forderungen der Demonstrierenden reichten dabei von einer Neuordnung des konfessionell-ethnischen Proporzsystems, über die Verringerung des wirtschaftlichen Einflusses der USA und des Irans. All diese Forderungen wurden unter dem Slogan „ein Irak der Iraker für Iraker“ subsumiert. Dies zeigt das Wiedererstarken einer gemeinsamen irakischen Identität – und den Wunsch nach einem Ende des Ethno-Sektarismus. Damit einhergehend wurden Konflikte, die zuvor zwischen den kurdischen, sunnitischen oder schiitischen Gemeinschaften herrschten, in die Gemeinschaften selbst getragen. Mit einem bottom-up Ansatz wurde so begonnen, die Legitimität der bestehenden und traditionellen Kräfte in den eigenen Gemeinschaften in Frage zu stellen. In den jeweiligen Gemeinschaften formiert sich Widerstand gegen die Partei- und Machtstrukturen, die sich aus dem konsozialen System nähren. Dies erachtete Kamaran Palani als sehr wichtige Entwicklung, um die fest gefahrenen und feindseligen Strukturen aufbrechen zu können. Darüber hinaus werden der Rücktritt des damaligen Ministerpräsidenten Adel Abdul Mahdi und die Neuwahlen im Oktober 2021 als Erfolg der Protestbewegung angesehen.

Bewertungen der aktuellen Politik des Iraks

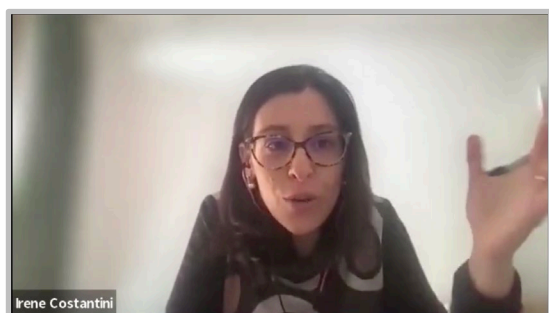
Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2021, ist es den irakischen Politiker:innen bisher nicht gelungen eine neue Regierung zu bilden. Laut Ehrmann liegt dies an der bisher ungelösten Frage, ob die Konsensregierung, basierend auf dem Quoten-System, weitergeführt werden solle oder ob es eine Mehrheitsregierung geben wird. Letztere würde vermutlich um den schiitischen Geistlichen al-Sadr gebildet werden, der die Wahlen gewann und sich offenkundig gegen die Einmischung der USA und des Irans ausspricht. Irene Costantini sieht wenig Hoffnung für das Ende des ethno-konfessionellen

Proporz. Ungeachtet der Forderungen aus der Bevölkerung sei es nach wie vor das wichtigste Ziel der irakischen Politiker:innen ihr eigenes Überleben zu sichern, das ohne die ethno-sektarische Formel nicht gewährleistet wäre, weshalb sie versuchen sie aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus merkt Kamaran Palani die große Abhängigkeit an, die zwischen den internen Akteur:innen und den regionalen Mächten, wie dem Iran und der Türkei, herrsche. Diese hätten ebenso wenig Interesse an der Auflösung des bestehenden Proporz-Systems. Das zeigt sich beispielsweise in der Behinderung des Regierungsbildungsprozesses durch den Iran.

Die Panelist:innen erwähnten jedoch auch positive Entwicklungen der politischen Situation im Land. Obwohl die ethnisch-religiösen Strukturen und das damit einhergehende Quoten-System die Demokratie in vielen Bereichen behindern, ist sie, laut Moritz, in einer sehr lebhaften Form vorhanden. Dies wurde beispielsweise bei dem Machtwechsel 2014 deutlich. Zum Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem IS, kam es zu einem friedlichen und demokratischen Übergang der Macht von einem Ministerpräsidenten zum nächsten. Darüber hinaus könnte der noch amtierenden Regierung unter Ministerpräsident Al-Kadhimi einige Erfolge zugeschrieben werden. Zum einen erachtet Herr Busztin die Regierung als nicht korrupt, was in Anbetracht der extremen Armut und der Misswirtschaft, unter der die Bevölkerung zu leiden hat, sehr wichtig sei. Zum anderen sei sie maßgeblich für die Verbesserung der Beziehungen zu Jordanien, den Golfstaaten und insbesondere Saudi-Arabien verantwortlich. Mit Saudi-Arabien äußert sich dies in der erstmaligen Grenzöffnung seit 1990, die nicht nur zur Wiederaufnahme eines normalen Warenverkehrs, sondern unter Umständen auch zu einer Lösung der bisher unberechenbaren Stromversorgung des Irak führen könnte. Darüber hinaus erwähnte Moritz Ehrmann zwei Initiativen für den nationalen Dialog, die vom amtierenden Ministerpräsidenten initiiert wurden bzw. unterstützt werden, an denen politische Parteien, Protestführer:innen, NGOs aber auch europäische Akteur:innen beteiligt sind.

3. Ein Blick in die Zukunft des Iraks und wichtige Lehren

Der Blick in die Zukunft stimmt die Panelist:innen allerdings eher pessimistisch. Trotz des großen



Potenzials, das Irene Costantini in der irakischen Zivilgesellschaft sieht, sei eine Verbesserung der Situation nur durch eine fundamentale Erneuerung der Zusammensetzung der irakischen Regierungseliten möglich. Dies müsse nach den Vorstellungen der irakischen Bevölkerung passieren und Politiker:innen

hervorbringen, die in der Lage seien mutige Politik zu machen. Nur dann könnten drängende sozio-ökonomische, aber auch ökologische Themen, wie die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels im Land, angegangen werden. Moritz Ehrmann äußerte wenig Hoffnung, dass solche fundamentalen Veränderungen in naher Zukunft realistisch seien, obgleich schrittweise Veränderungen durchaus erkennbar wären. Aus Angst vor dem Amtsantritt korrupter Politiker:innen, hoffte György Busztin sogar auf eine Verzögerung der Regierungsbildung. Bei der alten Regierung bestünde zumindest die Hoffnung, dass die Ölerträge, die zuletzt mit den Ölpreisen gestiegen sind, nicht in privaten Taschen landen würden.

Des Weiteren hielt Costantini die Deeskalation der Spannungen zwischen dem Iran und der USA für die essenzielle externe Grundvoraussetzung. Ohne diese könne es für den Irak keine positiven Entwicklungen geben. György Busztin erachtete dabei die Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran als wichtigen Aspekt. Seines Erachtens würde der Irak aus seinem primären Fokus Teherans herausfallen und der Iran wäre stärker bemüht sein Standing bei den Golfstaaten zu verbessern bzw. seine Absatzmärkte auszubauen. Obwohl er große Hoffnung in die aktuellen Gespräche zum Atomabkommen (JCPOA) zu setzen schien, stehen die Zeichen auf ein positives Ergebnis leider nicht besonders gut. Zwar lag bei dem Treffen bereits ein weitestgehend fertiger Text vor, allerdings zwang Russland die Weltmächte in letzter Minute die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zu unterbrechen.¹

Wie von den Panelist:innen während der Diskussion mehrfach betont, merkten sie auch zum Schluss noch einmal an, dass es von enormer Wichtigkeit sei, dass die verheerenden Folgen der internationalen Interventionen im Irak und die Schuld, die bei den USA und der internationalen Gemeinschaft liege, nicht in Vergessenheit geraten dürften. Damit einhergehend appellierte György Busztin an die Achtung der UN Charta, die da besagt, dass die Mächtigen ihre Macht niemals dazu nutzen dürften, die Schwachen einzuschüchtern und zu unterjochen.

¹ Putin forderte umfangreiche Garantien, die den iranisch-russischen Handel vor Sanktionen bewahren, die derzeit wegen der russischen Invasion in der Ukraine verhängt sind. Dies wurde vom Westen abgelehnt. Von Seiten der USA hieß es jedoch, dass sie das Atomabkommen retten wollen. [Stand: 22. März 2022]